

„Vom Genossen Fidel Castro genehmigt“

Möbel für Ikea aus kubanischen Haftanstalten

Jochen Stadt

Das kürzlich durch einen Bericht des schwedischen Fernsehens ausgelöste Interesse an dem Einsatz von Häftlingen in der DDR-Volkswirtschaft wirft ein bezeichnendes Licht auf den Stand der Verdrängung von SED-Unrecht durch verantwortliche Regimefunktionäre. Über die Ausnutzung billiger Arbeitskräfte aus den DDR-Gefängnissen wurde selbstverständlich an höchster Stelle der SED-Diktatur entschieden. An der Ausführung der Planung aber waren alle möglichen Ebenen des Partei-, Wirtschafts- und Sicherheitsapparats beteiligt. Dieses Zusammenspiel der Regimeträger verschiedener Ebenen geht beispielsweise aus einem Politbürobeschuß vom 26. Oktober 1976 hervor. Freilich stand der Häftlingseinsatz auf dieser Sitzung ganz hinten auf der Tagesordnung. Vor allem und zu allererst ging es nämlich um die künftige repräsentative Rolle von Erich Honecker, oder wie der Tagesordnungspunkt im SED-Jargon hieß, um die „Konstituierung der leitenden Organe des Staates“. Berichterstatter war Erich Honecker selbst, dessen Beschlußvorlage einstimmig bestätigt wurde. Honecker ließ auch gleich ein Fernschreiben an die Ersten Sekretäre der SED-Bezirksleitungen verabschieden, in dem diese über seine neue repräsentative Zuständigkeit informiert wurden, um das gegenüber den Blockparteien argumentativ auch vertreten zu können. In dem Fernschreiben heißt es: „Werte Genossen! Das Politbüro hat in seiner heutigen Sitzung seine Vorschläge zur Konstituierung der leitenden Organe des Staates beraten und einstimmig den Beschluß gefaßt, der 3. Tagung des Zentralkomitees vorzuschlagen, die Funktion des Vorsitzenden des Staatsrates mit der des Generalsekretärs des Zentralkomitees zu vereinen. Eine solche Entscheidung entspricht nach Meinung des Politbüros den gegenwärtigen und zukünftigen Interessen unserer gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung. Sie steht in Übereinstimmung mit der sich seit längerer Zeit ergebenden Praxis, daß in den internationalen Beziehungen der Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die Deutsche Demokratische Republik vertritt.“

Auch für den nächsten Tagesordnungspunkt fungierte Erich Honecker als Berichterstatter. Es ging um ein weiteres Fernschreiben an die Ersten Sekretäre der SED-Bezirksleitungen über „Maßnahmen zur Zurückweisung von Versuchen revanchistischer Kreise in der BRD, Bürger der DDR zur Nichteinhaltung der Gesetze der DDR aufzufordern“. In Honeckers Fernschreiben, das vom Politbüro bestätigt wurde, hieß es: „Liebe Genossen! In der letzten Zeit versuchen revanchistische Kreise in der BRD krampfhaft, eine sogenannte Bürgerrechtsbewegung in der Deutschen Demokratischen Republik zu organisieren. Dies geschieht vor allem mit Hilfe des bundesrepublikanischen Rundfunks und Fernsehens als auch durch Mißbrauch des Besucherverkehrs. Von seiten des Zentralkomitees wurden – wie Euch bekannt ist – seit langem die entsprechenden Kreise in der BRD gewarnt, das Spiel nicht zu weit zu treiben. Da nach den jüngsten Verlautbarungen die revanchistischen Kreise der BRD nicht bereit sind, unsere Warnungen zu beherzigen, sondern sogar dazu übergehen, Bürger der DDR zur Nichteinhaltung der Gesetze der DDR aufzufordern, ist es erforderlich, diesen Kreisen die entsprechende Abfuhr zu erteilen. Das erfordert auch, daß unsere zuständigen Organe alle Anträge ablehnen, die unter Berufung auf die Schlußakte von Helsinki oder andere Begründungen den Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft und Ausreise in die BRD stellen. Diese Haltung widerspricht den humanitären Anliegen unse-

res Staates. Die staatlichen Organe erhielten deshalb die Anweisung, alle diesbezüglichen Anträge abzulehnen, die Bürger auf das Ungesetzliche ihrer Handlung hinzuweisen. Es versteht sich von selbst, daß jeder, der es nicht unterläßt, Verleumdungen gegenüber dem Staat zu verbreiten, den Gesetzen der Republik zuwiderhandelt.“ Honnecker bat die SED-Bezirkschefs am Ende des Schreibens um eine Unterrichtung der SED-Kreisleitungen, damit diese in die Lage versetzt würden, „die erforderlichen politisch-ideologischen Maßnahmen zu treffen sowie die diesbezügliche Arbeit der staatlichen Organe zu unterstützen“. Nach dieser Maßgabe landeten in der Folgezeit weitere politische Gefangene in den Gefängnissen des SED-Staates.¹

Dort waren sie für die DDR-Volkswirtschaft, wie aus dem gleichen Politbüroprotokoll hervorgeht, eine feste Plangröße. Als Tagesordnungspunkt 13 stand die „Information und Festlegungen zum Arbeitseinsatz erwachsener Strafgefangener in der Volkswirtschaft“ (Berichterstatter G. Schürer) zur Entscheidung. Die wiederum einstimmig bestätigte Beschlußvorlage enthielt eine Ausführungsbestimmung, nach der „die Einsatzgrößen erwachsener Strafgefangener [...] den zuständigen Ministern für ihren Verantwortungsbereich gegliedert nach Betrieben und den zuständigen Vorsitzenden der Räte der Bezirke für ihre Territorium gegliedert nach Verantwortungsbereichen zu übergeben“ waren. Verantwortlich dafür war der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission Gerhard Schürer. Bezeichnend an diesem Beschluß ist allerdings auch die darin enthaltene Anweisung an das DDR-Innenministerium mit folgendem Wortlaut: „Der Minister des Inneren hat die Belegung der Strafvollzugseinrichtungen so zu steuern, daß bei weiterer rückläufiger Entwicklung der Anzahl der Strafgefangenen die Einsatzgrößen für die Betriebe der Kategorie I zu Lasten der Betriebe der Kategorie II gesichert werden.“ Aus der beiliegenden Aufstellung gehen die genauen Zahlen hervor, welches Ministerium wie viele Gefangene zugeteilt erhielt und welche Strafvollzugseinrichtung welchem Betrieb zugeordnet wurde, sowie wie viele Gefangene dem jeweiligen Betrieb zur Verfügung gestellt werden sollten. Insgesamt kamen laut dieser Aufstellung 1976 in der DDR 22 590 Strafgefangene zum Einsatz in die Produktion. Als Planziffer für 1977 waren 22 130 Strafgefangene vorgesehen.²

Für den schwedischen Ikea-Konzern produzierten in den folgenden Jahren auch zahlreiche politische Gefangene, die „unter Berufung auf die Schlußakte von Helsinki“ mit anderen „Begründungen den Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft und Ausreise in die BRD“ gestellt oder sich anderweitig mit dem SED-Regime angelegt hatten. Kostengünstige Arbeitskräfte aus Haftanstalten kamen freilich nicht nur in der DDR zum Einsatz. Der mit Unterstützung des DDR-Innenministeriums perfektionierte Strafvollzug im Bruderland Kuba stellte ebenfalls Gefangene als billige Arbeitskräfte für staatseigene Betriebe ab.³ Auf Vermittlung des DDR-Außenhandels mußten in den späten achtziger Jahren kubanische Häftlinge für den schwedischen Möbelkonzern schuften. Die entsprechenden Vereinbarungen wurden im September 1987 von einer Delegation der „Kunst- und Antiquitätenhandel GmbH“ (KuA) und der „Delta Export

1 Vgl. hierzu Staat, Jochen: Eingaben – Die institutionalisierte Meckerkultur in der DDR. Goldbrokat, Kaffee-Mix, Büttreden, Ausreiseanträge und andere Schwierigkeiten mit den Untertanen. Berlin 1997.

2 Protokoll Nr. 22 der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees vom 26. Okt. 1976. SAPMO-BArch J IV 2/2/1641.

3 Vgl. zur Zusammenarbeit zwischen dem MfI der DDR und dem kubanischen Innenministerium Ehler, Gerhard/Staat, Jochen/Voigt, Tobias: Die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) und dem Ministerium des Inneren Kubas (MININT). Berlin 2002.

Import GmbH“ der DDR ausgehandelt. Die fünfköpfige DDR-Expertengruppe traf am 17. September 1987 in Havanna ein und nahm am nächsten Tag die Besprechungen mit Vertretern des kubanischen Innenministeriums über gemeinsame Geschäfte auf. Aus Unterlagen des DDR-Außenhandels geht hervor, daß der fünfköpfigen DDR-Reisegruppe KuA-Generaldirektor Joachim Farken, sein Stellvertreter Richter, Delta-Geschäftsführer Hans Haase, der Bereichsleiter Antikhandel Pirna Axel Hilpert und die Dolmetscherin Martina Beyer angehörten.

Zu den hochrangigen kubanischen Gesprächspartnern der DDR-Delegation gehörten Außenhandelsminister Cabrisas, dessen Stellvertreter Castillo und Oberstleutnant Enrique Sanchez, der die dem kubanischen Innenministerium gehörende Firma EMIAT leitete. Diese Firma war vor allem für die Ausstattung und Versorgung von Ferien- und Gästehäusern der kubanischen Staatsführung zuständig. Außenhandelsminister Cabrisas betonte im Gespräch mit der DDR-Delegation das Interesse Kubas, seine Exporte in das kapitalistische Ausland „mit Hilfe der Absatzorganisationen der DDR-Seite zu intensivieren. Er hob hervor, daß diese Zusammenarbeit ausdrücklich vom Genossen Fidel Castro genehmigt und befürwortet wurde.“ Aus einem von Joachim Farken unterzeichneten „Bericht über die Dienstreise in die Republik Kuba in der Zeit vom 17.9.–27.9.1987“ geht hervor, daß während des Aufenthalts auf der Karibik-Insel Lieferverträge über „Polstermöbel Modell Falkenberg für den Export nach Schweden“ im Gesamtwert von rund zwölf Millionen „Valutamark“ abgeschlossen wurden sowie über 10 000 Tonnen Grapefruit zum „Reexport BRD im Wert von 4,5 Millionen DM. Ebenfalls für den westdeutschen Markt bestimmt waren 200 000 Flaschen Rum, 200 000 Zigarren, drei Container mit antiken Möbeln, 400 Oldtimer sowie 2 000 Gewehre und Pistolen aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert.“⁴

Im Rahmen des Besuchsprogramms besichtigte die DDR-Delegation in Kuba verschiedene Produktionsstätten der EMIAT. Wie Farken in seinem Reisebericht festhielt, waren „diese Produktionsstätten in Strafvollzugsanstalten des Ministerium des Inneren eingegliedert“. Der Ministeriumsbetrieb EMIAT wolle künftig „diese Einrichtungen verstärkt für die Exportproduktion nutzen“.

Ikea läßt untersuchen

Einen Monat nachdem die Delegation der DDR-Außenhandelsbetriebe nach Ost-Berlin zurückgekehrt war, kam es zur Unterzeichnung einer vertraglichen Vereinbarung mit „Ikea Trading Berlin“, die damals ihren Sitz im Internationalen Handelszentrum in der Berliner Friedrichstraße hatte. Nachdem der Autor dieses Textes am 3. Mai 2012 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Details zum Ikea-DDR-Kuba-Geschäft veröffentlicht hatte,⁵ stellte Ikea am 4. Mai eine „Stellungnahme zur Produktion in der ehemaligen DDR und in Kuba“ ins Internet. Darin hieß es: „Unsere Produkte müssen unter akzeptablen Arbeitsbedingungen hergestellt werden. [...] Wir dulden keinerlei Form von Zwangsarbeit.“ Die Beschäftigung von politischen Gefangenen in der Produktion für Ikea sei inakzeptabel. Der Bericht der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* beziehe sich „auf Ereignisse, die rund 25 Jahre zurückliegen, aber wir werden dem umgehend weiter im Rahmen unserer laufenden Nachforschungen nachgehen. IKEA

4 Farken, Joachim: Bericht vom 30. September 1987 über die Dienstreise in die Republik Kuba in der Zeit vom 17.9.–27.9.1987. BStU, ZA, MfS AG BKK Nr. 1566.

5 Stadt, Jochen: Die Möbel der Revolution. Kubanische Häftlinge schufteten für Ikea. In: FAZ v. 03.05.2012.

unterhält keinerlei langfristigen Geschäftsbeziehungen mit einem Lieferanten in Kuba. Soweit uns bekannt ist, gab es nur vereinzelte Testkäufe von begrenzten Produktmengen von kubanischen Lieferanten in den späten 80ern. Bereits seit vergangenem Herbst findet eine interne Untersuchung statt, von der wir uns ein vollständiges Bild über unseren Einkauf in der ehemaligen DDR in den 70er und 80er Jahren erhoffen. Wir nehmen die Anschuldigungen sehr ernst. Wir beschleunigen nun die Nachforschungen und ziehen dazu auch externe Fachleute zurate. Solange diese nicht beendet sind, werden wir nicht über das Ergebnis spekulieren. Heute haben wir einen der fortschrittlichsten und angesehensten Verhaltenskodexe für Lieferanten weltweit, der unsere Anforderungen an faire Arbeitsbedingungen definiert. Wir glauben, dass gute Arbeitsbedingungen der Schlüssel für gute Erfolge sowohl bei uns als auch bei unseren Lieferanten sind.“⁶

Eine längerfristige Geschäftsbeziehung zwischen Ikea und der Firma des kubanischen Innenministeriums EMIAT wurde laut einem Ikea-Protokoll Ende Oktober 1987 für den Zeitraum 1988 bis 1990 sehr wohl vereinbart. Laut der mit Kopf von „Ikea Trading Berlin“ gefertigten Niederschrift über die entsprechenden Verhandlungen fanden diese am 30. Oktober 1987 im schwedischen Älmhult, dem Hauptsitz von Ikea, statt. Teilnehmer der Vertragsverhandlungen waren Ikea-Einkaufsleiter Tommy Sandquist, das Mitglied der Konzernleitung Örjan Gunnarson, der Leiter von „Ikea Trading Berlin“ Wolfgang Rudolph, der Leiter der Ikea-Abteilung Entwicklung und Investition Kurt Wirland, der Verantwortliche für den Ledereinkauf Bertil Burmann und der Möbeleinkäufer Birger Fundberg. Die Republik Kuba war durch den 1. Sekretär ihrer Botschaft Raul Olivero und den Präsidenten von EMIAT, Oberstleutnant Enrico Sanchez, vertreten, für den DDR-Außenhandelsbereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo) nahmen Hans Haase und Axel Hilpert teil. Hilpert wird in dem Protokoll als „Kordinator der Delta GmbH und der Firma Emiat“ bezeichnet.

Am Tag vor den Vertragsverhandlungen zeigte das Ikea-Management seinen Gästen aus der DDR und Kuba einen Film über Aufbau, Aufgaben, die Produktpalette und das Vertriebswesen des Konzerns. Danach erfolgte eine Besichtigung des Stammhauses, des Warenhauses und des technischen Labors in Älmhult. Als Ergebnis der Gespräche am 30. Oktober 1987 wurde vereinbart:

1. Im November wird Ikea eine Mustergarnitur „Falkenberg“ aus kubanischer Produktion zur labortechnischen Überprüfung übergeben. Danach würde mit der Delta GmbH ein Vertrag über die Lieferung von drei- bis viertausend Garnituren abgeschlossen.
2. In Kuba werden Musterstücke der von Ikea im September 1987 übergebenen Möbelexemplare bzw. Produktzeichnungen produziert. Die Musterstücke werden Ikea im November 1987 am Sitz von Ikea Trading Berlin vorgestellt. Nach Qualitätsprüfung soll eine vertragliche Bindung zwischen Delta GmbH und Ikea Trading erfolgen.
3. EMIAT übersendet Muster ihrer bisherigen Produkte nach Berlin zur Prüfung durch Delta und Ikea. Unter den Mustern sollten sich auch Produkte aus Nirostastahl befinden.

⁶ Die Stellungnahme von Ikea findet sich unter:

http://www.ikea.com/de/de/about_ikea/newsitem/Stellungnahme_Kuba.

4. Ikea bat um Prüfung, ob Kuba Keramik-Produkte, Lampenschirme, Hängematten und Rucksäcke liefern könne. Muster dieser Erzeugnisse sollten über Delta an Ikea übersandt werden.

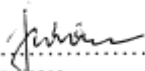


6. Von der Firma IKEA wird im Bedarfsfall die Unterstützung bei der Polsterlederbeschaffung garantiert wie auch im Rohhautbereich. Sollten Maschinen für den Lampenschirmsektor notwendig sein, um diese zu drucken bzw. zu stanzen, wird ebenfalls die Unterstützung angeboten.

Weitere Kontakte, die auch über den Rahmen des traditionellen IKEA-Sortiments hinausgehen, werden in Berlin zwischen allen Teilen vereinbart. Die Gespräche fanden für alle Beteiligten in einer aufgeschlossenen und auf Sachlichkeit bezogenen Atmosphäre statt.


Xinhult, den 30. Oktober 1987

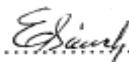
Für die DDR-Seite:


.....
Hans Haase
Hauptgeschäftsführer der DELTA GmbH


.....
Axel Hilpert
Koodinator der DELTA GmbH
und der Firma EMIAT

Für die Cubanische Seite:


.....
Raúl Olivero
Sekretär der Cub. Botschaft/Berlin


.....
Enrico Sanchez
Präsident der Firma EMIAT
Havanna/Cuba

Für die Schwedische Seite:


.....
Wolfgang Rudolph


.....
Orjan Gunnarson

5. Die Ikea-Vertreter äußerten den Wunsch, in Kuba weiterhin 10 000 Kindertische und 35 000 Eßtische produzieren zu lassen. Entsprechende Modelle versprach die kubanische Seite nach Ikea-Vorgaben bis Dezember 1987 zur Begutachten nach Berlin zu liefern.
6. Ikea sicherte den Kubanern im Bedarfsfall die Unterstützung bei der Polsterlederbeschaffung wie auch im Rohhautbereich zu. Auch Maschinen zur Produktion von Lampenschirmen wurden von Ikea angeboten.

Abschließend kamen die Verhandlungspartner überein, in Berlin weitere Gespräche über mögliche Lieferungen aus Kuba, die „über den Rahmen des traditionellen Ikea-Sortiments hinausgehen“, zu führen.⁷

Kubanische Häftlinge arbeiteten auch für westdeutsche Firmen

Als Vermittler von kubanischen Produkten trat die DDR auch gegenüber Salamander-Kornwestheim auf. Delta-Repräsentant Hans Haase verhandelte im Februar 1988 in Kuba mit dem kubanischen Innenministerium und verschiedenen Außenhandelsfirmen „über den Vertrieb cubanischer Textilien und anderer Produkte durch Tochterfirmen von Salamander in der BRD und anderen europäischen Ländern“.⁸

⁷ Protokoll über die Zusammenarbeit der Firma IKEA Trading, Berlin mit der DELTA GmbH, DDR und der Firma EMIAT, Republik Cuba im Zeitraum 1988–1990.

⁸ Vgl. Reisedirektive für Hans Haase, Dr. Herbert Tzschoppe und Martina Beyer nach Kuba in der Zeit vom 4. Februar bis zum 26. Februar 1988. BStU, ZA, MfS AG BKK Nr. 1566.

Die erste Lieferung der Garnitur „Falkenberg“ scheiterte im Frühsommer 1988 allerdings an Qualitätsmängeln. Zur Begutachtung der kubanischen Produktion reiste im Juni 1988 aus der DDR Wolfgang Röhl, Vorsitzender der Produktionsgenossenschaft Handwerk, aus Potsdam nach Havanna. Der Fachmann fiel angesichts der bereits auf einen Frachters verladene Garnituren aus allen Wolken und veranlaßte die sofortige Entladung des Schiffs. Der aus Mexico gelieferte Schaumstoff entsprach nicht dem vereinbarten Standard. Die entladene Garnituren „sollten in Kuba verkauft werden“, kablete Röhl nach Ost-Berlin. Doch 78 „Falkenberg“-Garnituren waren bereits ohne Qualitätskontrolle per Container nach Rostock verschifft worden. Röhl schlug vor, erneut nach Kuba zu reisen und persönlich vor Ort innerhalb von zehn Tagen für eine Produktionsumstellung gemäß der „Qualitätsnorm von Ikea“ zu sorgen, so daß noch vertragsgemäß „eine direkte Verschiffung Havanna – Schweden vorgenommen werden kann“. In deutlichen Worten kritisierte Röhl die Tätigkeit des Projektkoordinators Axel Hilpert. Röhl hatte nämlich festgestellt, „daß weder die Protokolle vom Januar 1988 noch vom Mai 1988 dem zuständigen Betriebsleiter vorlagen“. Er habe in Havanna persönlich Kopien dieser Protokolle ins Spanische übersetzen lassen und „diese mit dem Betriebsleiter und seinem Arbeitskollektiv ausgewertet“.⁹

Aus einer Aufstellung der Delta GmbH über den „Kuba-Status“, datierend vom 13. April 1989, geht hervor, daß mit der österreichischen Firma Kraus&Co die Lieferung von Schaumstoff nach Kuba im Wert von 175 000 DM vereinbart war, die teilweise bereits für EMIAT nach Kuba verschifft worden waren. Aus Kuba eingetroffen waren bei Delta in Berlin 68 „Falkenberg“-Stoffgarnituren, 108 „Falkenberg“ Leder-garnituren sowie 916 Holzregale und 200 Schaukelstühle. Ob eine Auslieferung der „Falkenberg“-Garnituren an Ikea erfolgte, ist der „Kuba-Status“-Aufstellung nicht zu entnehmen. Weiterverkauft wurden nach dieser Liste 640 Festzeltgarnituren aus Kuba an einen Hamburger Palettenservice.¹⁰

Die zwischen der DDR und Kuba vereinbarte Möbellieferungen bezifferte die DDR-Seite 1988 auf ein Volumen von zehn Millionen DM. Qualitätsmängel der kubanischen Produkte sollten durch die Entsendung von DDR-Tischlereiexperten nach Kuba und die Ausbildung von kubanischen Fachkräften in DDR-Betrieben behoben werden.¹¹

Dem Koordinator des lukrativen Geschäfts zwischen Delta/DDR und EMIAT/Kuba Axel Hilpert, ein ehemaliger Stasi-Mitarbeiter mit Deckname „Maria“ und angeblicher Ehrenoberst des kubanischen Innenministeriums, gelang nach dem Ende der DDR eine zweite Karriere als Kapitalist. Allerdings ging es auch dabei offenbar nicht immer mit rechten Dingen zu. Anfang Juni dieses Jahres wurde Hilpert vom Landgericht Potsdam zu fünf Jahren und acht Monaten Haft wegen Betrug, Untreue und Steuerhinterziehung verurteilt. Das Gericht hielt es für erwiesen, daß Hilpert als Geschäftsführer des luxuriösen Gästereisorts am Schwielowsee einen millionenschweren Subventionsbetrug zu Lasten der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) begangen hat.

9 Reisebericht über die Reise des PGH-Vorsitzenden Herrn Wolfgang Röhl vom 16.6.88 bis 13.8.1988 nach Kuba. BStU, ZA, MfS AG BKK Nr. 1566.

10 Die Aufstellung zum „Kuba-Status“ findet sich unter BStU, ZA, MfS AG BKK Nr. 1566.

11 Vgl. Reisedirektive für Hans Haase u.a., ebd.